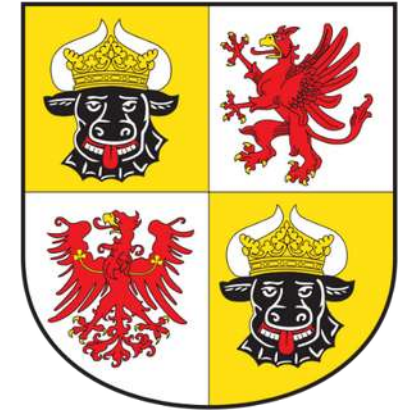


# Bürgerräte

Prof. Dr. Wolfgang Muno  
Universität Rostock  
Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre

Am Lehrstuhl für Vergleichende  
Regierungslehre des Instituts für  
Politik- und  
Verwaltungswissenschaften wurde  
2001 die Arbeitsgruppe Politik und  
Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern  
gegründet.

Sie beobachtet und analysiert den  
politischen Transformationsprozess  
des Landes seit 1990 und untersucht  
aktuelle Wahlen sowie wichtige  
politische Ereignisse des Landes.  
In regelmäßigen Abständen werden  
Analysen und Beiträge publiziert.



**Arbeitsgruppe Politik und Wahlen**  
Mecklenburg-Vorpommern





# Bürgerräte

## 1. Warum Bürgerräte?

**Probleme repräsentativer Demokratie**

## 2. Was sind Bürgerräte?

**Kriterien für gute Beteiligung**

## 3. Kritik

**Nur schöner Schein?**

# Bürgerräte

## 1. Warum Bürgerräte?

### Probleme repräsentativer Demokratie

#### 2. Was sind Bürgerräte?

Kriterien für gute Beteiligung

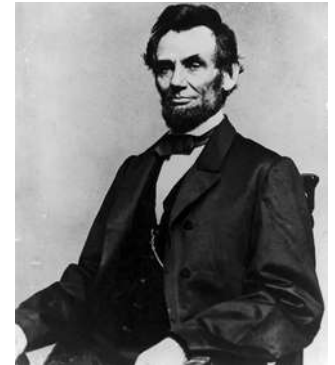
#### 3. Kritik

Nur schöner Schein?

## Demokratie

„Government of the people, by the people, for the people“

Abraham Lincoln, Ghettyburg Address 1863



- Regierungsform, die vom Volk ausgeht, durch das Volk ausgeübt wird und für das Volk da ist
- Repräsentative Demokratie



# Probleme repräsentativer Demokratie

## ■ Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen

Bundestagswahlen 1949 bis 2021



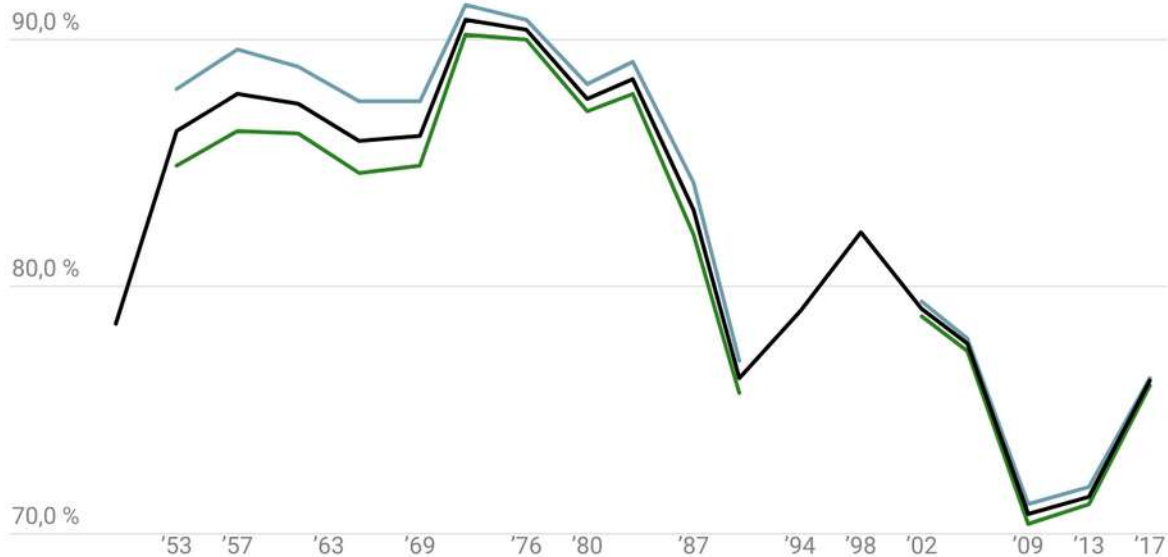
Grafik: bpb • Quelle: Der Bundeswahlleiter



## ■ Wahlbeteiligung nach Geschlecht

Bundestagswahlen 1953 bis 2017

■ Männer ■ Frauen ■ Gesamt



Die Angaben über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht stammen aus der repräsentativen Wahlstatistik. 1949, 1994 und 1998 wurde keine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. 1953 nur ohne die Beteiligung der Länder Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland.

• Quelle: [Der Bundeswahlleiter](#)

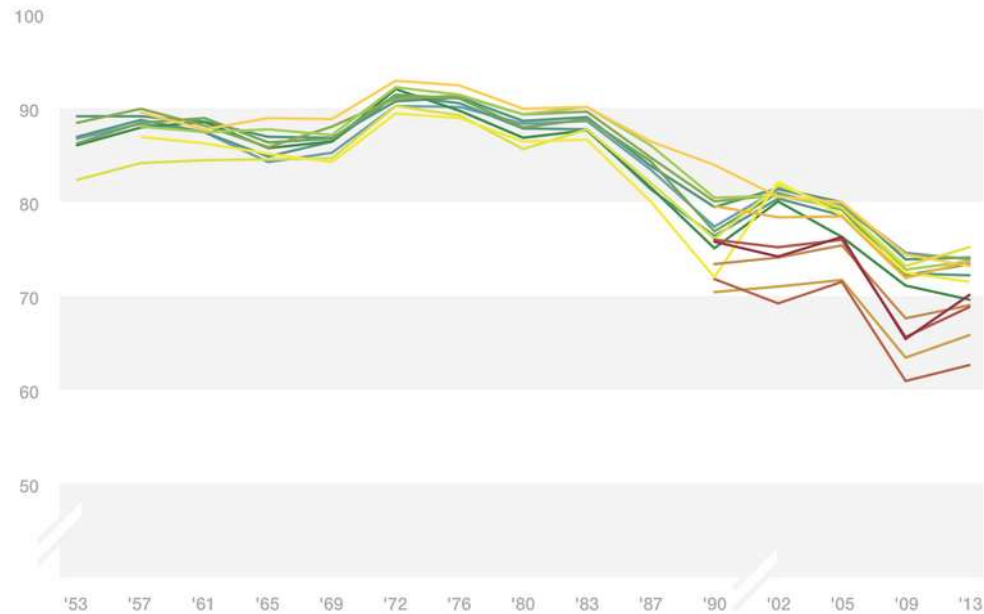




## ■ Wahlbeteiligung nach Bundesländern

In Prozent, Bundestagswahlen 1953 bis 2013

1994 und 1998 keine Erhebung



Quelle: Der Bundeswahlleiter

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

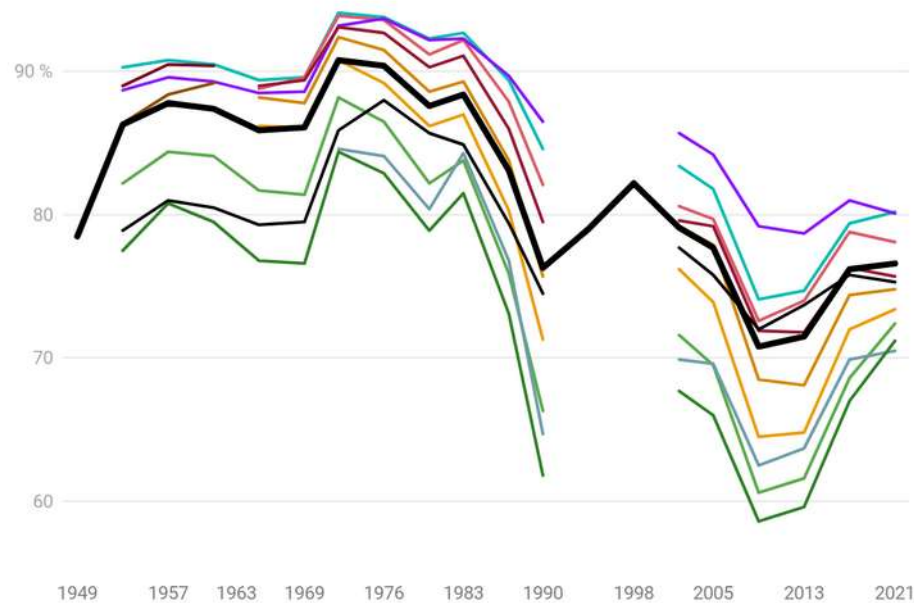
Bundeszentrale für politische Bildung, 2014, www.bpb.de



## ■ Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

Bundestagswahlen 1949 bis 2021

— 18 - 20 — 21 - 24 — 25 - 29 — 30 - 34 — 30 - 39 — 35 - 39 — 40 - 44 — 40 - 49  
— 45 - 49 — 50 - 59 — 60 - 69 — 70+ — Gesamt



Die Angaben über die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen stammen aus der repräsentativen Wahlstatistik. 1949, 1994 und 1998 wurde keine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. 1953 nur ohne die Beteiligung der Länder Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland.

Die Daten stehen unter der Datenlizenz Deutschland – Namensnennung – Version 2.0.

Grafik: bpb • Quelle: Der Bundeswahlleiter



Abbildung 4: Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung

## Bundestagswahl 2013

Jeder Punkt repräsentiert  
ein untersuchtes Stadtviertel.

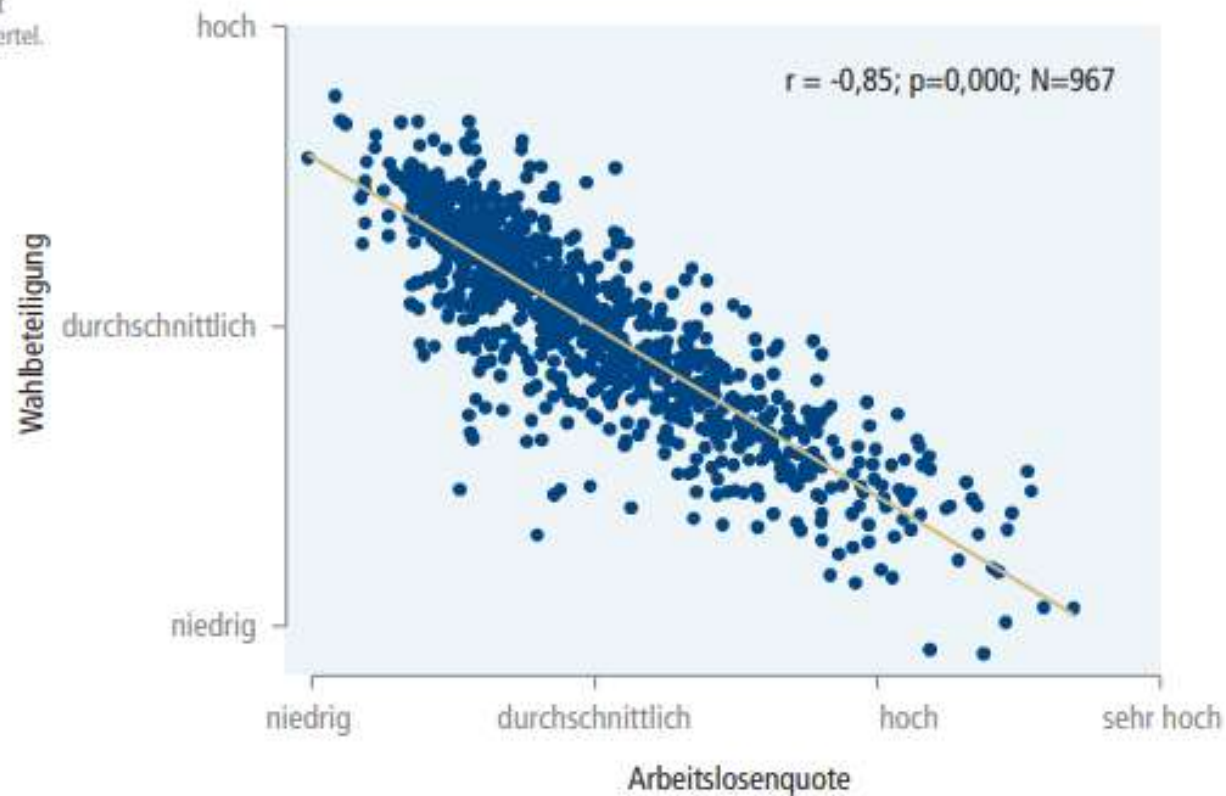
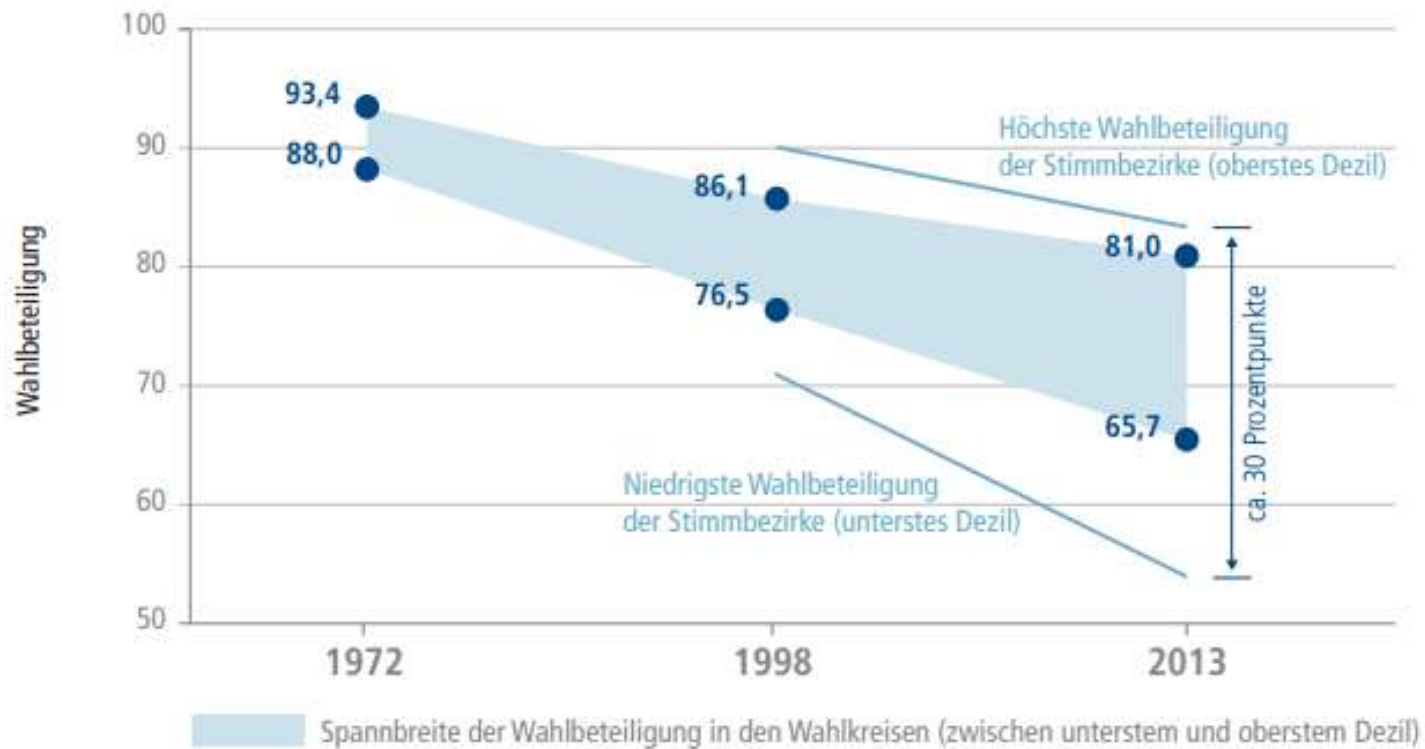


Abbildung 1: Spreizung der Wahlbeteiligung in Wahlkreisen und Stimmbezirken

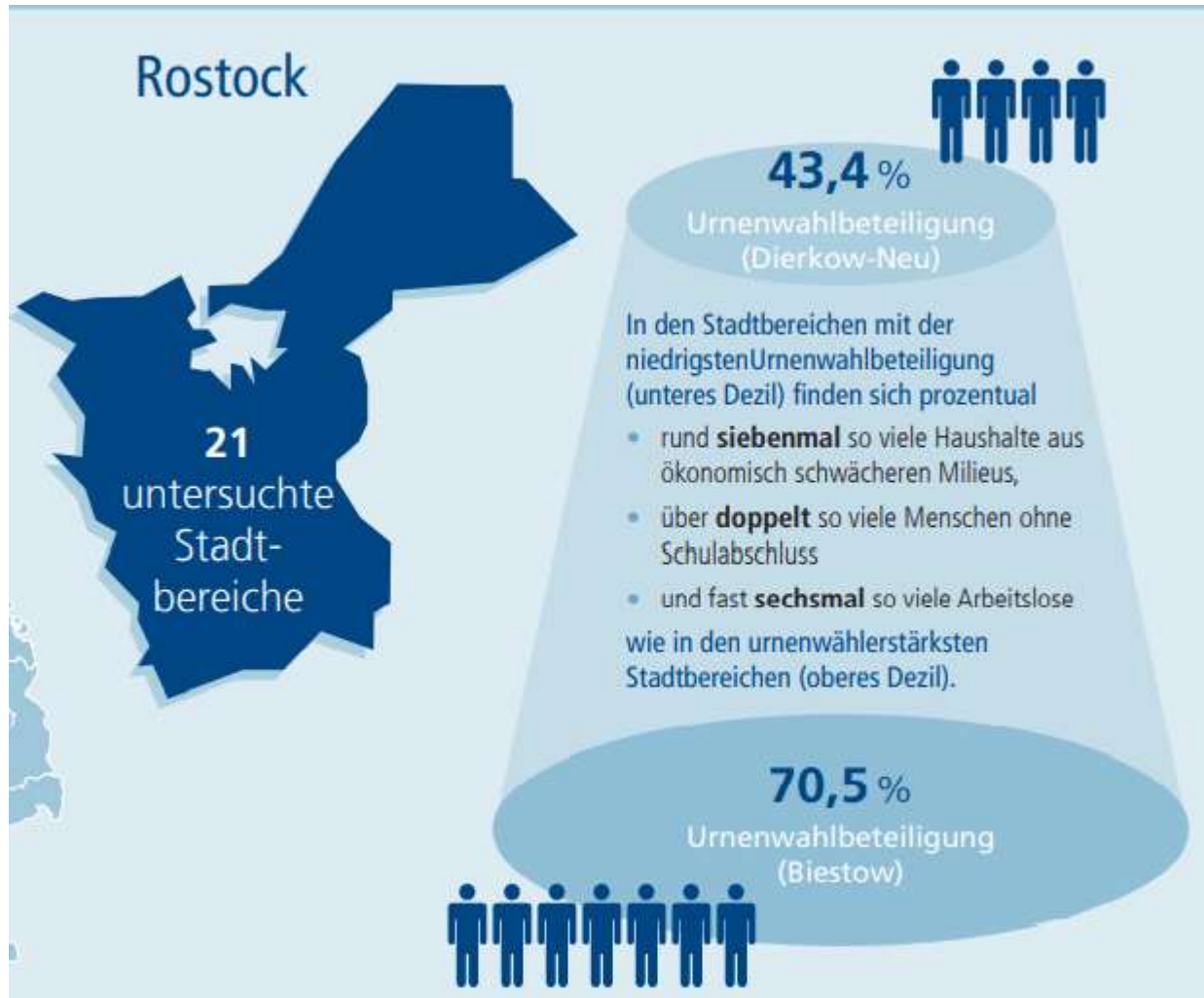
Angaben in Prozent



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 204), microm.

Bertelsmann Stiftung

# Partizipation: Soziale Ungleichheit Wahlbeteiligung 2013



# Partizipation: Soziale Ungleichheit Wahlbeteiligung 2013

Europawahl 2019 in Köln:

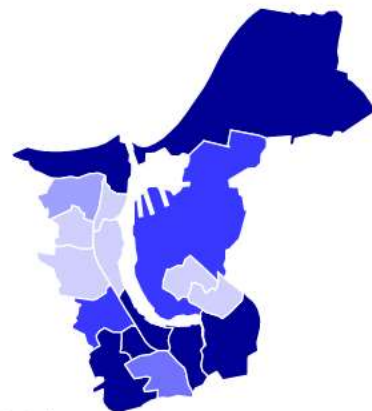
Geringste Wahlbeteiligung 30,6%, höchste 79,9, Spannbreite 49,3

Europawahl 2019 in Rostock:

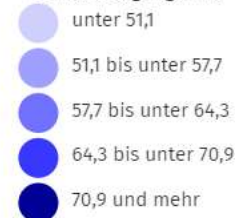
Geringste Wahlbeteiligung Toitenwinkel 44,5%, höchste Gartenstadt/Biestow 77,5, Spannbreite

**Wahlbeteiligung 60,1 %**

Europawahl 26.05.2019, Hanse- und Universitätsstadt Rostock  
Amtliches Endergebnis, 12.07.2019 10:24:24



Wahlbeteiligung in %:





# Partizipation: Soziale Ungleichheit

## Wahlbeteiligung 2013

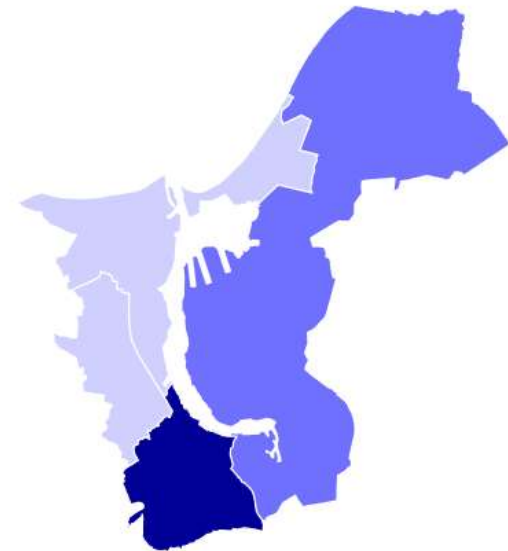
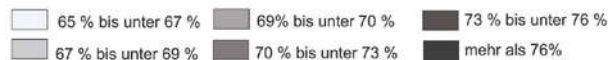
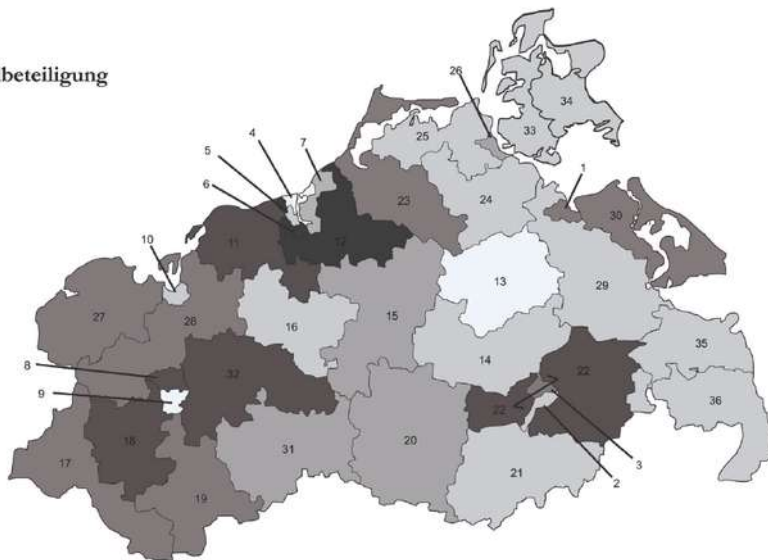
### Landtagswahl 2021

Rostock:  
Geringste Wahlbeteiligung  
66,9 %, höchste 80,6

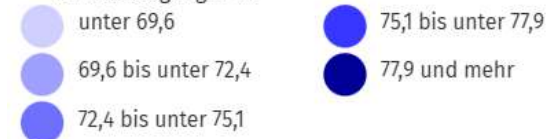
Wahlbeteiligung 72,8 %

08. Landtagswahl M-V 2021, Hanse- und Universitätsstadt  
Rostock  
Amtliches Endergebnis

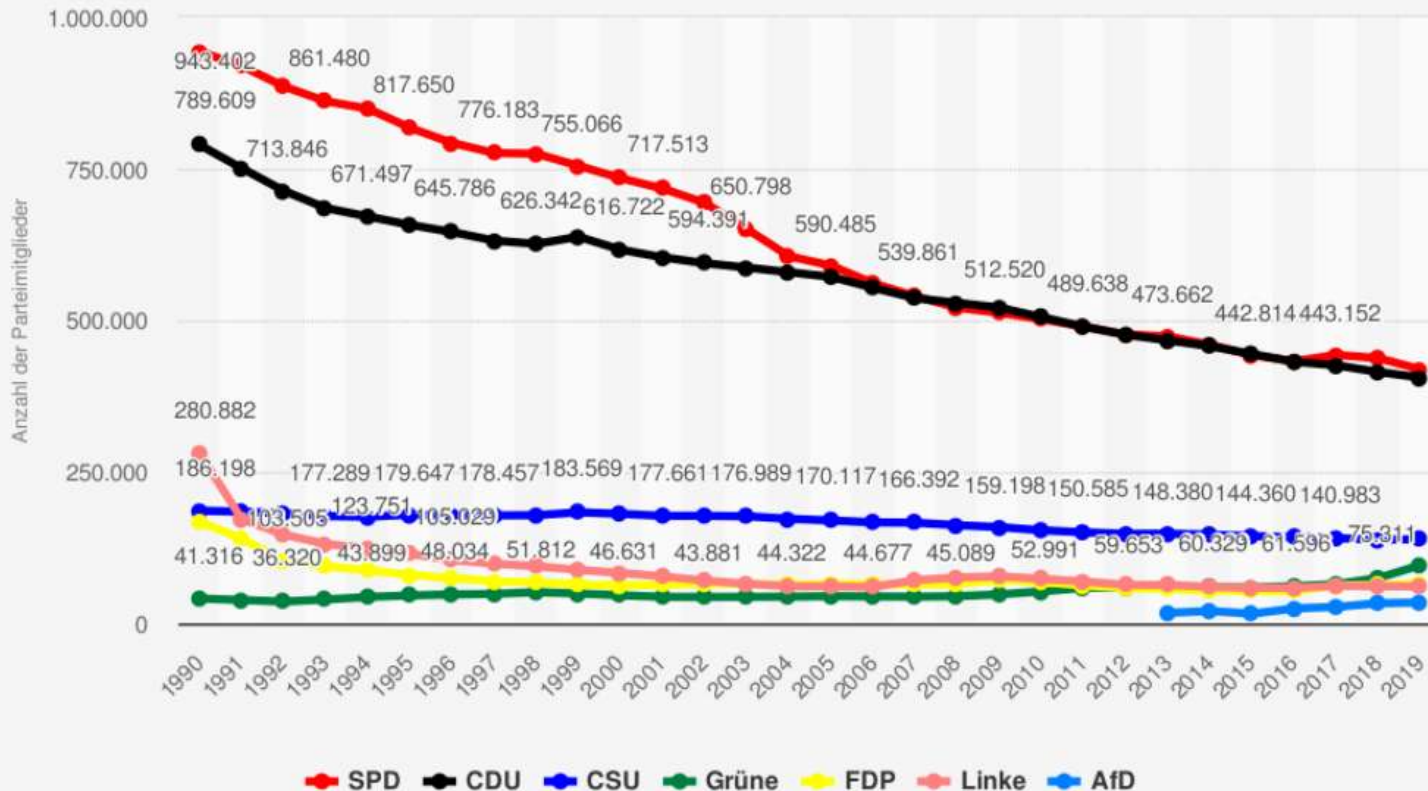
Wahlbeteiligung



Wahlbeteiligung in %:



## Entwicklung der Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2019



Quellen

Diverse Quellen (Parteien); Experte(n) (Prof. Dr. Oskar Niedermayer); FU Berlin (Otto-Stammer-Zentrum)  
© Statista 2020

Weitere Informationen:

Deutschland; Parteien des deutschen Bundestags

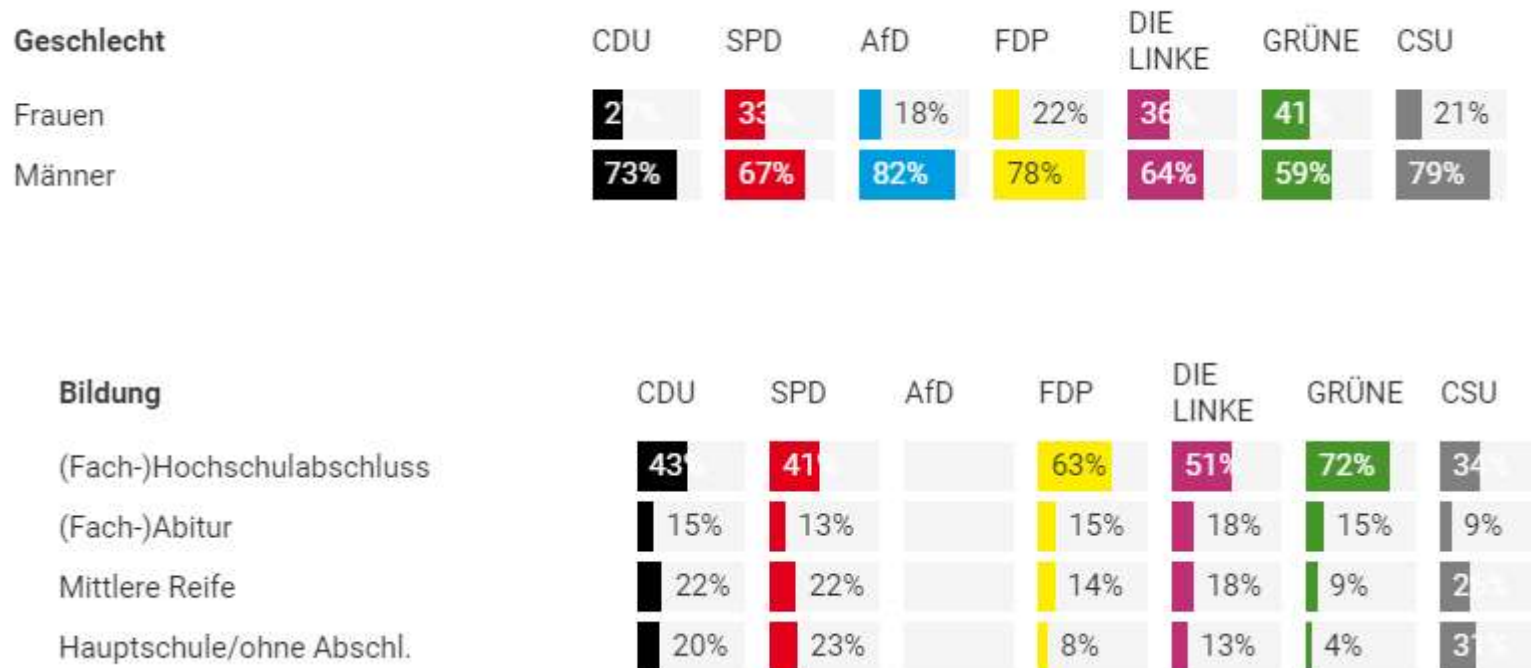


### Parteimitglieder in MV

	1990	1994	1998	2002	2006	2011	2019	2022
<b>SPD</b>	3.138	3.452	3.420	3.343	2.872	2.850	3.015	2.939
<b>CDU</b>	18.321	10.217	8.304	7.471	6.419	5.848	5.065	4.600
<b>PDS/Die Linke</b>	≈ 24.000	14.154	10.614	7.991	6.423	5.123	3.402	2.800
<b>FDP</b>	13.154	3.220	1.936	1.239	1.054	951	680	800
<b>Grüne</b>	254	382	415	259	302	548	990	1.260
<b>AfD</b>	-	-	-	-	-	-	771	740

Quelle: Eigene Darstellung nach Koschkar, Nestler, Scheele 2013 und Niedermayer 2017 und 2020.

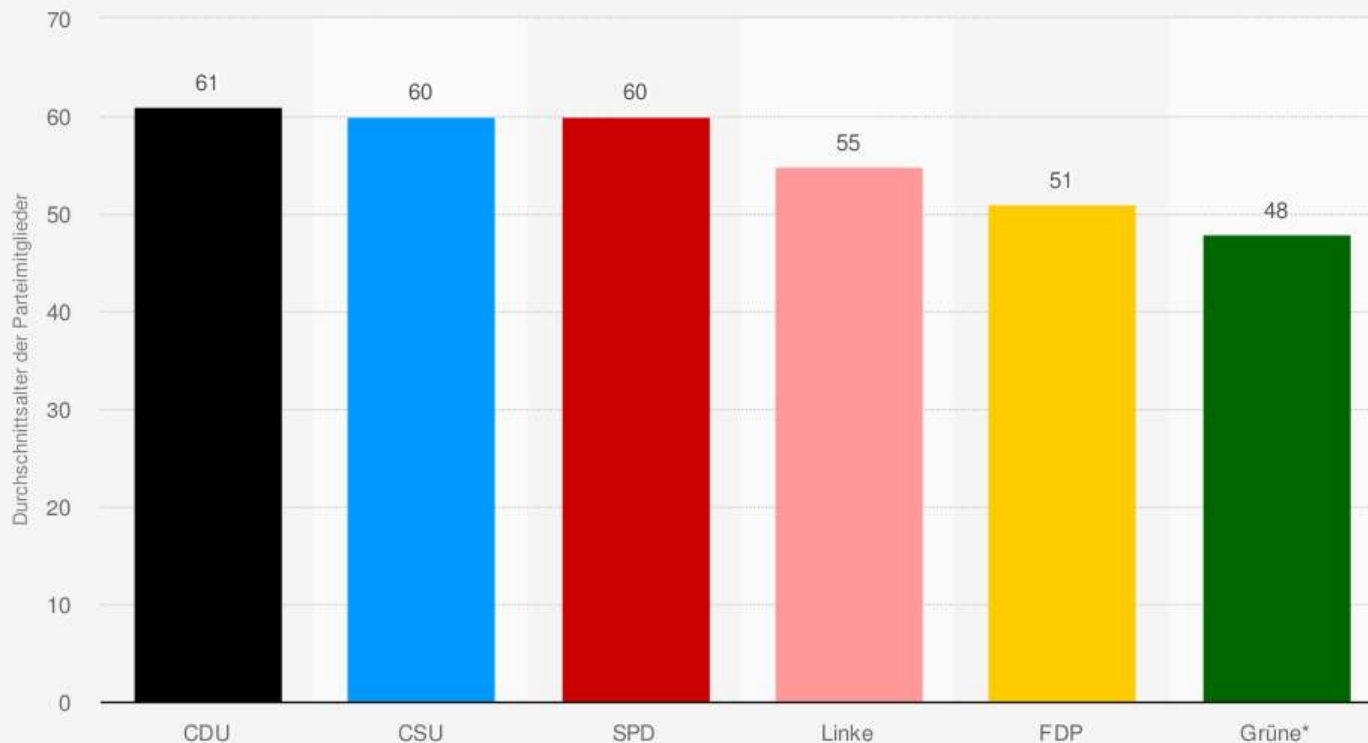
# Partizipation: Mitgliedschaft



Quelle: Geschlecht: Niedermayer, Oskar, 2020: "Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31, Berlin"

Bildung: Klein, Markus/Becker, Philipp/Czeczinski, Lisa/Lüdecke, Yvonne/Schmidt, Bastian/Springer, Frederik: Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2019, S. 81-98. Daten

Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31.  
Dezember 2019



Quellen

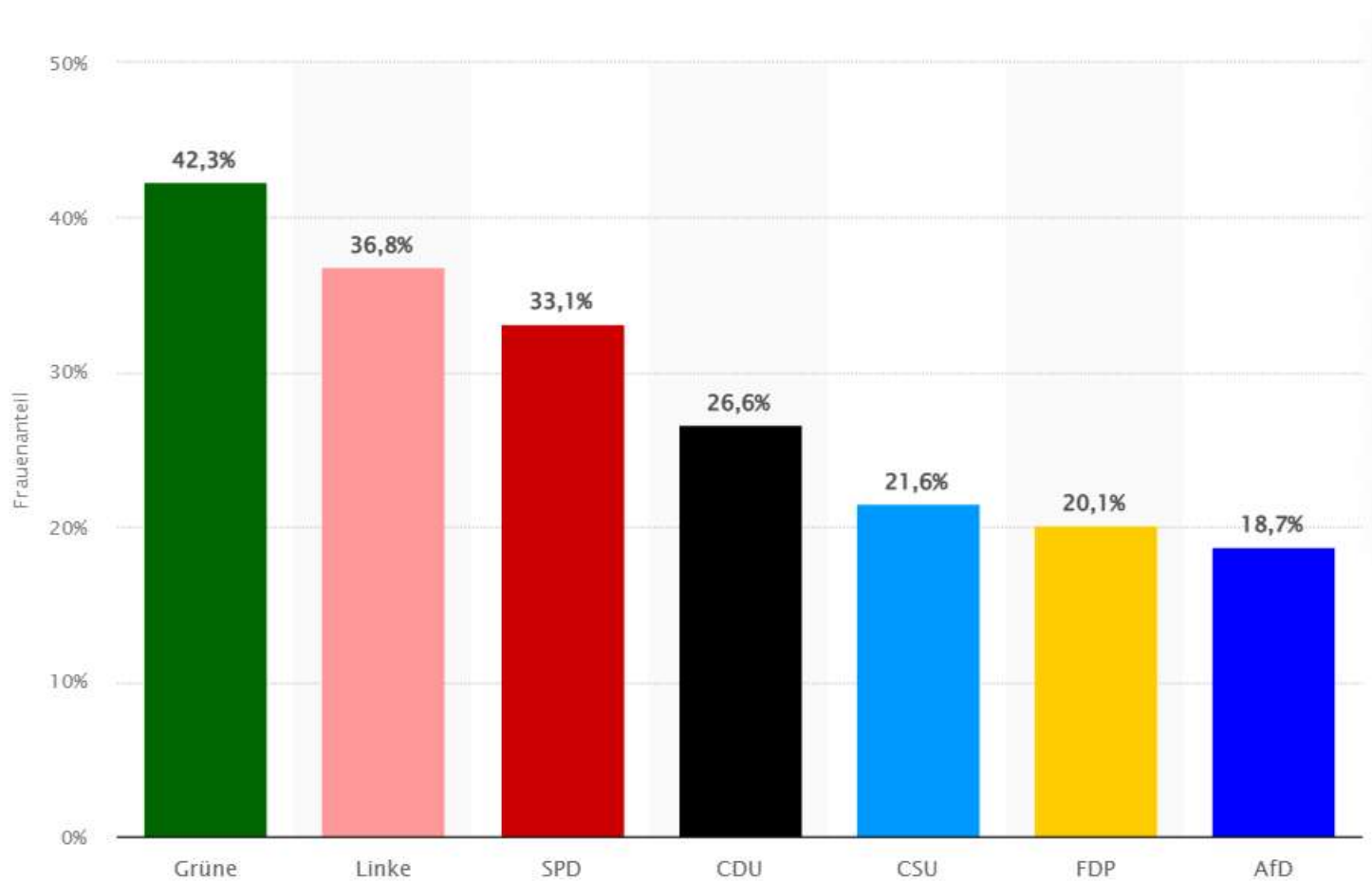
Diverse Quellen (Parteien); Experte(n) (Prof. Dr. Oskar Niedermayer); FU Berlin (Otto-Stammer-Zentrum)

© Statista 2020

Weitere Informationen:

Deutschland

## Anteil Frauen in politischen Parteien 2021



## Zwischenfazit Partizipation:

- Geringe und teilweise sogar weiter nachlassende politische Beteiligung
- Insbesondere schwache Beteiligung Junger Menschen
- Zunehmende Beteiligung von Frauen, aber insgesamt noch unterproportional
- Deutlicher Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Partizipation, insbesondere soziale Benachteiligte partizipieren wesentlich weniger

## Repräsentation: Frauen

### Frauenanteil im Deutschen Bundestag 1949 bis 2017

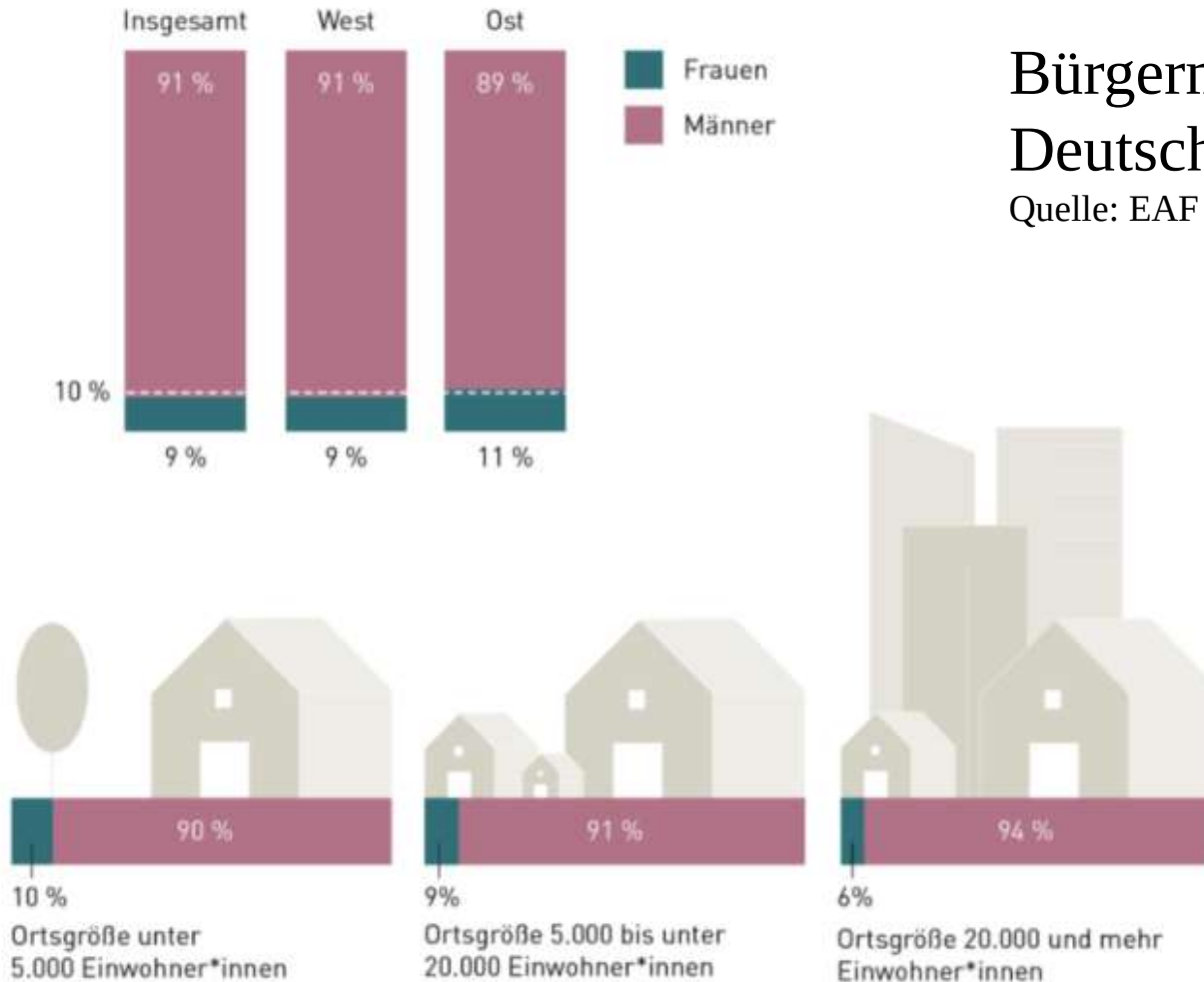
Jeweils zu Beginn der Wahlperiode, in Prozent



2021:  
34,7 %

# Repräsentation: Frauen

## Geschlecht der Befragten



## Bürgermeisterinnen in Deutschland 2020

Quelle: EAF Berlin

## Bildung und Politik

- ca. 18% der Bevölkerung besitzt einen akademischen Abschluss.
- ca. 82% der Bundestagsabgeordneten sind Akademiker\*innen
- ca. 70 % der Abgeordneten in MV

Tab. 9: Sozialstruktur im Landtag

	Landtag	SPD	AfD	CDU	LINKE	B90/Grüne	FDP
Altersdurschnitt	48,6	49,0	45,7	50,5	48,1	48,6	49,4
Anteil Frauen (Prozent)	36,7	35,0	14,3	33,3	55,6	60	60
Anteil Hochschulbildung (Prozent)	70,9	70,58	50	75	88,89	100	60

Quelle: Eigene Erstellung nach Landtag Mecklenburg-Vorpommern.



## Zwischenfazit Repräsentation

Ungleiche Repräsentation

Insbesondere schwache Repräsentation Junger Menschen

Zunehmende Repräsentation von Frauen, aber insgesamt noch unterproportional

Deutlicher Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Repräsentation, insbesondere soziale Benachteiligte sind wesentlich schlechter repräsentiert

# Soziale Ungleichheit, Partizipation, Repräsentation und Entscheidungsfindung

→ Die Responsivität des Deutschen  
Bundestags zwischen 1980 und  
2013

(Studie von Osnabrücker und  
Münsteraner Politolog\*innen,  
Autoren: Armin Schäfer u.a.):





## Soziale Ungleichheit, Repräsentation und Entscheidungsfindung

Analyse von 700 Umfragen und Gesetzgebung des Bundestags  
1980-2013

Berücksichtigung u.a. von Bildungsgrad, Beruf und  
Einkommen

✉ Das „Muster ist, dass der Bundestag viel häufiger Entscheidungen getroffen hat, die mit den Wünschen derjenigen übereinstimmen, die ein höheres Einkommen haben, ein höheres Bildungsniveau oder mit Berufsgruppen mit höherem sozialem Status“ (Armin Schäfer)

## Zwischenfazit:

Probleme der Partizipation  
und Repräsentation in der  
repräsentativen  
Demokratie

Zunahme der Probleme

Was tun?

„Jenseits von Wahlen gibt es für die Bürger  
nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten.“



## Was tun?

1. Politische Bildung?
2. Wahlpflicht?
3. Quoten?
4. Mehr Direkte Demokratie?

Oder:

Konsultative Beteiligung durch deliberative Verfahren?

# Bürgerräte

## 1. Warum Bürgerräte?

Probleme repräsentativer Demokratie

## **2. Was sind Bürgerräte?**

**Kriterien für gute Beteiligung**

## 3. Kritik

Nur schöner Schein?

## Deliberative Beteiligungsverfahren

als mögliche Antwort auf  
Probleme der repräsentativen  
Demokratie, Unzufriedenheit  
und Wunsch nach mehr  
Beteiligung

### WAS IST DELIBERATION?

Deliberation (lateinisch: Beratschlagung) bezeichnet den Prozess politischer Willensbildung durch Debatte und den Austausch von Argumenten. In deliberativen Beteiligungsverfahren diskutieren Bürger\_innen politische Themen in einem festgelegten Rahmen und unter gemeinsam definierten fairen Gesprächsregeln. Meist geben sie Empfehlungen an politische Entscheider\_innen ab und haben damit in der Regel beratenden Charakter.


Quelle: Geißel/Jung 2019

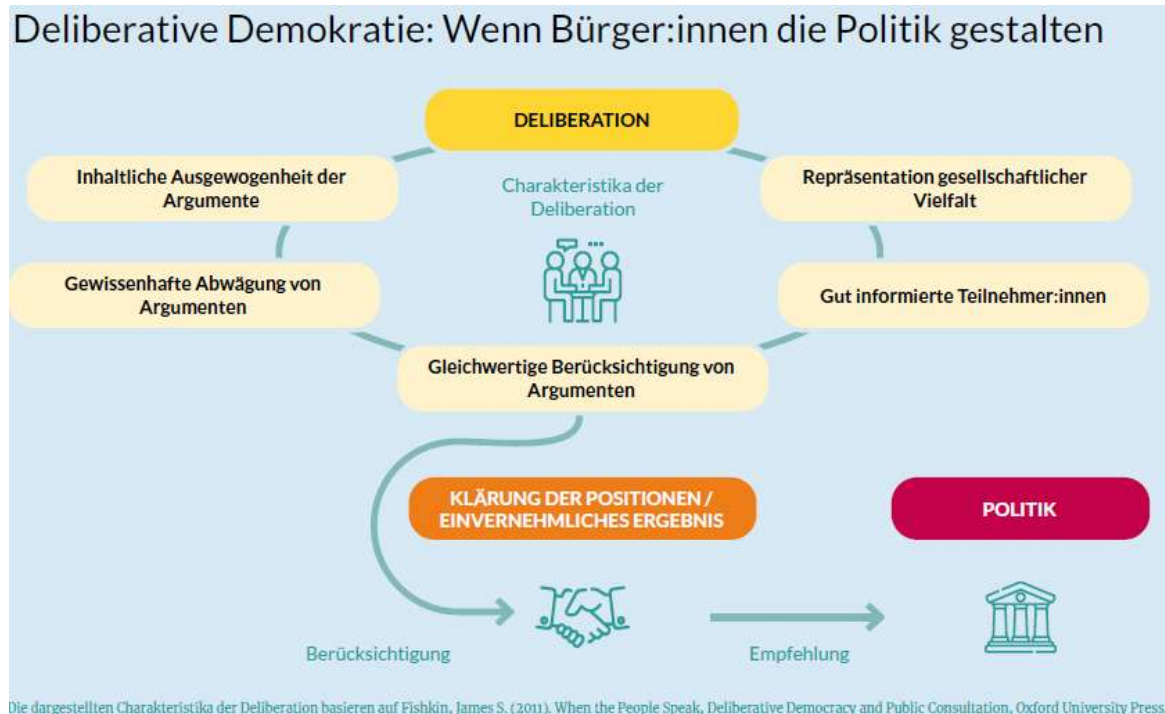
# Vielzahl von Varianten deliberativer Beteiligungsformen

Verfahren	Zielstellung	Typische Themen	Kontext	Typische Auftraggeber
21st Century Town Meeting	Beratung von Entscheidern, Entscheidung durch Bürger	Verbindliche Entscheidungen oder Feedback zu lokalen Fragen (z. B. Stadtplanung)	Lokale bis nationale Fragestellungen	Kommunen, Behörden
Appreciative Inquiry	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Entwicklung langfristiger Ziele und Maßnahmen	Innerorganisatorische bzw. innerbetriebliche Themen und Abläufe, lokale Fragestellungen	Unternehmen, Kommunen, Behörden
BürgerForum	Informationsvermittlung, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Geeignet für verschiedene gesellschaftlich relevante Themen	Regionale, nationale und transnationale Fragestellungen	Bislang private Stiftungen
Bürgerhaushalt	Beratung von Entscheidern, Entscheidung durch Bürger	Kommunal Finanzen (komplett oder Teilbereiche)	Lokale Fragestellungen (Kommunalbudgets)	Kommunalpolitiker, Kommunalverwaltungen
Bürgerpanel	Beratung von Entscheidern	Erhebung von Meinungsbildern zu aktuellen kommunalpolitischen Themen	Lokale Fragestellungen	Kommunalpolitiker, Kommunalverwaltungen sowie andere an regelmäßigen Meinungsbildern interessierte Akteure
Bürgerrat	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen, Beratung von Entscheidern	Entwicklung von Lösungsvorschlägen für unterschiedliche Probleme	Lokale Fragestellungen	Kommunalpolitiker, Kommunalverwaltungen, Vereine, Unternehmen
Deliberative Polling	Informationsvermittlung, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Unterschiedliche Themen von öffentlichem Interesse	Lokale bis transnationale Fragestellungen	Politische Entscheidungsträger
Konsensuskonferenz	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen, Beratung von Entscheidern	Kontroverse Themen von öffentlichem Interesse	Lokale bis transnationale Fragestellungen	Behörden
National Issues Forum	Informationsvermittlung	Vermittlung von Wissen zu gesellschaftlich relevanten Themen, Feedback für politische Entscheider zu ausgewählten Themen ist möglich	In erster Linie lokale Fragestellungen	Kommunen, Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen
Open-Space-Konferenz	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Sammlung von Ideen und Vorschlägen zu unterschiedlichen Themen	Lokale bis transnationale Fragestellungen	Unternehmen, Vereine, Behörden, kommunale Verwaltungen, Bildungseinrichtungen, Kirchen etc.
Planning for Real	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen, Beratung von Entscheidern	Konkrete lokale oder regionale Planungsaufgaben	Lokale Fragestellungen	Kommunalpolitiker, Kommunalverwaltungen, ähnliche Behörden
Planungszelle	Beratung von Entscheidern, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Konkrete lokale oder regionale Planungsaufgaben	Lokale bis regionale Fragestellungen	Kommunalpolitiker, Kommunalverwaltungen, ähnliche Behörden
Szenariotechnik	Beratung von Entscheidern, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Antizipieren künftiger Entwicklungen und Ableiten von Empfehlungen in Bezug auf unterschiedliche Themen	Lokale bis transnationale Fragestellungen	Unternehmen, Vereine, Behörden, Kommunalverwaltungen, Bildungseinrichtungen, Kirchen etc.
World Café	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Sehr vielfältig	Lokale bis transnationale Fragestellungen	Unternehmen, Vereine, Behörden, kommunale Verwaltungen, Bildungseinrichtungen, Kirchen etc.
Zukunftskonferenz	Beratung von Entscheidern, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Antizipieren künftiger Entwicklungen und Ableiten von Empfehlungen in Bezug auf unterschiedliche Themen	Innerorganisatorische bzw. innerbetriebliche Themen und Abläufe, lokale Fragestellungen	Unternehmen, Kommunen, Behörden
Zukunftswerkstatt	Beratung von Entscheidern, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Antizipieren künftiger Entwicklungen und Ableiten von Empfehlungen in Bezug auf unterschiedliche Themen	Innerorganisatorische bzw. innerbetriebliche Themen und Abläufe, lokale Fragestellungen	Kommunen, Behörden, Organisationen, Vereine etc.



## Bürgerräte

Bürgerräte sind „mini publics“, d.h. in kleinen Versammlungen diskutieren Bürgerinnen und Bürger ausgewählte Themen und Probleme  „Konsultative“





## **Bürgerräte in der Theorie: Kriterien „guter“ Beteiligung**

- 1. Inklusive Partizipation**
- 2. Gute Deliberation**
- 3. Einbettung in den politischen Prozess**
- 4. Demokratische Bildung der Bürgerinnen**

# **Bürgerräte in der Theorie: Kriterien „guter“ Beteiligung**

## **Inklusive Partizipation**

**Ziel: möglichst vielfältige Beteiligung**

**Zwei Ebenen: Auswahl und Deliberationsprozess**

### **Auswahl**

Ansatz: Zufallsauswahl (Losverfahren, „aleatorische“ Demokratie) soll ansatzweise sozio-demografische Repräsentativität herstellen

Aber: Zufallsauswahl alleine garantiert keine Repräsentativität, da soziale Selbstselektion

✉ Zusätzliche Maßnahmen nötig (z.B. stratifiziertes, mehrstufiges Sampling oder spezielle Nachrekrutierung)

## Bürgerräte in der Theorie: Kriterien „guter“ Beteiligung

### **Inklusive Partizipation**

#### **Deliberationsprozess**

Ansatz: Information und Moderation

- Verständlich aufbereitete Informationen zum Sachverhalt
- Neutrale, kompetente Moderation mit Ermöglichung vielfältiger Beteiligung in Diskussionen

# Bürgerräte in der Theorie: Kriterien „guter“ Beteiligung

## **Gute Deliberation**

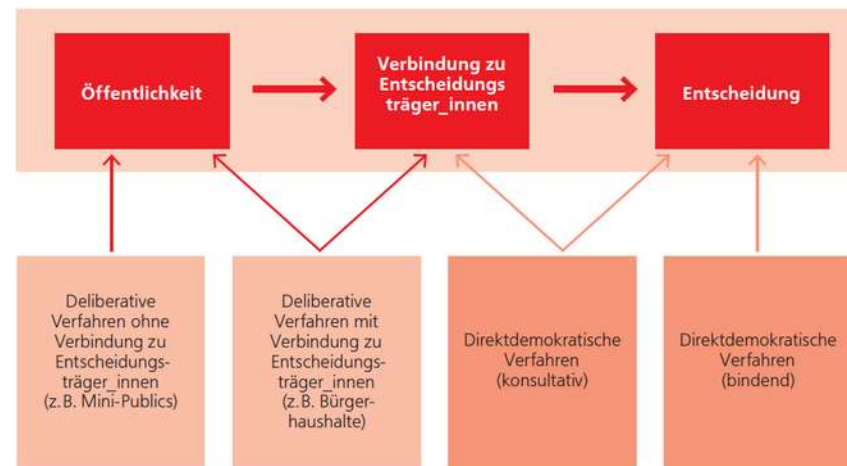
Voraussetzungen:

1. Ausgewogene Informationen
2. Neutrale Moderation
3. Kommunikationsregeln
4. Entscheidungsregeln

## Bürgerräte in der Theorie: Kriterien „guter“ Beteiligung

### Einbettung in den politischen Prozess

1. Adressaten (Öffentlichkeit, Verwaltung, Parlamente)
2. Initiierung (top-down oder bottom-up)
3. Festgelegter Umgang mit Ergebnissen
4. Absicherung durch ausreichende Ressourcen, gesetzliche Grundlagen



## Bürgerräte in der Theorie: Kriterien „guter“ Beteiligung

### **Demokratische Bildung der Bürgerinnen**

„Deliberative Verfahren, die inklusive Beteiligung, gute Deliberation und die Einbettung in den politischen Prozess vereinen, bereichern nicht nur die Qualität, Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz politischer Entscheidungen, sondern lassen auch positive Effekte auf Wissen, politische Partizipation, demokratische Einstellungen der Bürger\_innen sowie auf öffentliche Diskurse erwarten“ (Geißel/Jung 2019: 12)

## Fazit Bürgerräte in der Theorie

### Was deliberative Demokratie bewirken kann

Die Vorstellungen über den Umfang des politischen Einflusses von Bürger:innen und ihrer Beteiligung an der repräsentativen Demokratie verändern sich. Studien zeigen, dass sich die meisten Bürger:innen mehr Gehör und Einbindung in politische Entscheidungsprozesse wünschen. In Deutschland fordern über 80 Prozent der Bürger:innen eine stärkere Beteiligung an der politischen Debatte und an der Entscheidungsfindung. Deliberative Demokratie und ihre verschiedenen Formate schaffen einen Mehrwert für die Demokratie:

**Deliberation kann zu besseren politischen Entscheidungen führen.** Die Forschung zeigt, dass Bürger:innen unter guten Rahmenbedingungen zu einer qualitativen Deliberation und Entscheidungsfindung im Stande sind. Politiker:innen erhalten Vorschläge, erweitern ihr Wissen und können ihre Entscheidungen verbessern. Dank dieses lebendigen Austauschs kann die Akzeptanz der Bürger:innen für das politische System wachsen.

**Deliberation kann Polarisierung überwinden und gesellschaftliche Gräben überbrücken.**

Es ist erwiesen, dass in deliberativen Diskursformen extreme Ansichten tendenziell abnehmen. Indem alle Ansichten gleichberechtigt berücksichtigt und konsensuale Lösungen für strittige Fragen gesucht werden, können deliberative Methoden zum Abbau gesellschaftlicher Spaltung beitragen.

**Deliberation fördert eine lebendige und vielfältige Demokratie.** Die verschiedenen Formen der politischen Partizipation unterstützen sich gegenseitig. Bürger:innen, die sich an Bürgerbeteiligungsprojekten beteiligen, gehen mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Wahl. Im Hinblick auf die weit verbreitete Politikverdrossenheit und den zunehmenden Populismus tragen innovative Wege der Bürgerbeteiligung zu einer Stärkung der Demokratie bei.

Quelle: Bertelsmann Stiftung



## Probleme deliberativer Verfahren

1. Annahme eines rationalen Diskurses, oder: gibt es tatsächlich den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Jürgen Habermas)?
2. Wer wählt Teilnehmende aus? Wie sind die Auswählenden legitimiert?
3. Wer wählt die Moderatorin aus? Was legitimiert sie und wer oder was überwacht sie?
4. Wie werden Informationen ausgewählt?
5. Was passiert mit „schlechten“ Entscheidungen?

## Probleme und Kritik deliberativer Verfahren

„Wie aber kommt es dazu, dass Menschen sich in vermachteten und sozioökonomisch ungleichen Klassengesellschaften zusammenfinden und solch vernünftigen Regeln folgen? Wie können sie von ihren Interessen, dem potenziellen Charisma und den eventuell überlegenen rhetorischen Fähigkeiten und Wissen absehen? Auf welche Weise können grundsätzliche Interessenunterschiede und Werthaltungen im Sinne eines Gemeinwohls vereinbar gemacht werden? Inwiefern können solche deliberativ ermittelten Meinungen und getroffenen Entscheidungen in einer repräsentativen Demokratie Sichtbarkeit oder gar repräsentative Legitimität beanspruchen?“

Wolfgang Merkel: Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, S. 45



Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!

## Quellen (Auswahl)

- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Campus: Frankfurt am Main.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, Armin Schäfer (2017): „*Dem Deutschen Volke*“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, Zeitschrift für Politikwissenschaft 27: 161-180.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4: 131-156.
- Bächtiger, André, Dryzek, John S., Mansbridge, Jane und Warren, Mark E. (2018), The Oxford Handbook of Deliberative Democracy, Oxford University Press.
- Bertelsmann Stiftung, Allianz Vielfältige Demokratie (2018), Qualität von Bürgerbeteiligung Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen.
- Bertelsmann Stiftung, Staatministerium Baden-Württemberg (2014), Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden.
- Dryzek, John S. (2000), Deliberative Democracy and Beyond, Liberals, Critics, Contestations, Oxford University Press.
- Fishkin, James S. (2011), When the People Speak, Deliberative Democracy and Public Consultation, Oxford University Press.
- Nebl Michael A. et al. (2018), Politics with the People, Building a Directly Representative Democracy, Cambridge University Press.
- OECD (2020), Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions
- Schäfer, Armin; Schoen, Harald 2013: Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit, in: Leviathan 41 (1), S. 94–120.
- Merkel, Wolfgang 2015: Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, OBS-Arbeitsheft 80, hrsg. von der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main.
- Buchstein, Hubertus 2010: Reviving Randomness for Political Rationality: Elements of a Theory of Aleatory Democracy, in: Constellations 17 (3), S. 435–454
- Geißel, Brigitte, Stefan Jung (2019): Mehr Mitsprache wagen. Ein Beteiligungsrat für die Bundespolitik, Berlin: FES